

**Thesepapier, Kammerrechtstag 2016, 6./7.10.2016, Leipzig**

## **Institutioneller Wandel von Industrie- und Handelskammern im europäischen Vergleich**

**Prof. Dr. Detlef Sack, Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld, [detlef.sack@uni-bielefeld.de](mailto:detlef.sack@uni-bielefeld.de)**

Anhand von acht EU-Mitgliedsstaaten wird der institutionelle Wandel von IHKn seit 1990 diskutiert. In allen acht Ländern sind die IHKn mit erheblichen institutionellen Anpassungsprozessen befasst; auch wenn es sich nicht immer um einen grundlegenden Wandel handelt.

Im Ergebnis ist die Entwicklung *nicht einheitlich*. Festzustellen sind konstitutionelle Aufwertung, kontraktuelle Aufwertung der Leistungserbringungsfunktion, institutionelle Marginalisierung, Abschaffung der gesetzlichen Mitgliedschaft, Einführung einer Zwangsregistrierung von Unternehmen, Kompetenzverlagerung zwischen den IHKn und rechtspolitische Einhegung der Interessenvertretungsfunktion.

Externe *Erklärungsfaktoren* für die unterschiedliche Entwicklung sind:

Ökonomisch war die Wirtschafts-, Finanz- und Fiskalkrise ebenso relevant wie der deutliche Anstieg von Kleinstunternehmen in Europa.

Politisch sind die IHKn zum „Spielball“ (Strausz und Zachar 2010) geworden. Dies gilt im mehrfachen Sinne: In bestimmten Situationen betreiben politische Parteien Wählerstimmenmaximierung mit und gegen die IHKn. Regierungen beauftragen IHKn mit Leistungserbringung (auf Zeit) bzw. zwingen diese zum Nachvollzug ihrer Staats-Reformen.

In der Verbandslandschaft der EU-Mitgliedstaaten gibt es unterschiedliche Muster von Konkurrenz und Kooperation mit den Wirtschaftsverbänden.

Die politische Kultur der Mitgliedstaaten weist starke Unterschiede in der Assoziationsbereitschaft von Unternehmen auf.

Neben die externen treten endogene Erklärungsfaktoren:

Die Performanz der Organisation wurde aufgrund a.) des Dienstleistungsangebots und b.) der nicht funktionalen Bezirksgröße als nicht angemessen angesehen.

In der Mitgliedschaft regt sich von großen transnational agierenden Konzernen wie auch von Kleinstunternehmen grundlegende oder spezifische Opposition.